



Medienmitteilung und Einladung zur Einreichungsaktion DRG-Petition

Sperrfrist: Dienstag, 1. Dezember 2009, 08:30h

Fallkostenpauschalen:
28'000 Gesundheitsfachleute erheben Einspruch

Einladung zur Einreichung der DRG-Petition „Es braucht flankierende Massnahmen für PatientInnen und Personal“:

Dienstag, 1. Dezember 2009, 08.45 Uhr: Übergabe der Petition an den Bundesrat an der Taubengasse 16

Die Aktion eignet sich auch für Fotos.

Bislang schien es so, als verlaufe die Umstellung der Spitalfinanzierung auf die Fallkostenpauschalen (DRG) plangemäss. Doch nun erheben 28'000 Berufsleute aus dem Gesundheitswesen Einspruch. Sie befürchten eine Verschlechterung der Versorgungssicherheit sowie mehr Stress und schlechtere Arbeitsbedingungen für das Personal, und fordern deshalb flankierende Massnahmen.

Die geplante Umstellung der Spitalfinanzierung auf DRG per 1.1.2012 wirft ihre Schatten voraus. Im Kanton Zug drohten bereits letztes Jahr deutliche Lohnreduktionen und die Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages. In den Spitälern des Kantons Solothurn werden gegenwärtig 150 Stellen gestrichen und im Kanton Bern sollen im Spitalnetz Bern ebenfalls 70 Stellen abgebaut werden. Daneben findet vielerorts ein schleichender Personalabbau statt und damit eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In all diesen Fällen wird auf die anstehende neue Spitalfinanzierung verwiesen. „Die Strukturanpassungen dürfen aber nicht zu Lasten des Personals und der Patienten erfolgen“, sagt Rosmarie Glauser, Politische Sekretärin des Verbandes der Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte VSAO. Es brauche deshalb flankierende Massnahmen.